

Politischer Showdown im Sprachenstreit

UZZ am Sonntag, 5.10.2014

Am Freitag entscheidet sich,
ob sich der Nationalrat
in die Sprachendiskussion
einmischt. Die Kantone
wollen das abwenden.

René Donzé

Am Freitag werden die Mitglieder der Bildungskommission (WBK) des Nationalrates entscheiden, ob sie in der Fremdsprachenfrage die Initiative ergreifen oder den Kantonen Zeit für eine eigene Lösung lassen wollen: «Viele Kommissionsmitglieder sind nicht bereit, weiter zuzuschauen, wie ein Kanton nach dem anderen sich vom Frühfranzösisch verabschiedet», sagt WBK-Präsident Matthias Aebischer (sp.)

Nachdem sich die Parlamente der Kantone Thurgau, Schaffhausen und die Regierung Nidwaldens gegen das Frühfranzösisch ausgesprochen haben und weitere Vorstösse hängig sind, wächst der Druck für eine nationale Lösung der Fremdsprachenfrage. Zur Debatte steht eine Kommissionsinitiative, die den Kantonen vorschreiben würde, eine zweite Landessprache in der Primarschule zu unterrichten.

Die WBK will diese aber nicht verabschieden, ohne zuvor die wichtigsten Akteure angehört zu haben. Zur Sitzung eingeladen sind Vertreter der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), des Lehrerverbands Schweiz (LCH) und Gegner des Frühfranzösisch. EDK-Präsident Christoph Eyermann warnt vor einer Einmischung des Bundes: «Aus meiner

Sicht bestünde die Gefahr einer neuen Konfliktebene Bund gegen Kantone, die politisch und medienmässig bewirtschaftet würde», sagt er. «Diese Gefahr sollten die Mitglieder der WBK des Nationalrates sehen und keine Erweiterung des Problemfeldes provozieren.» Er will sie daran erinnern, dass die Kantone bis 2015 Zeit für die Harmonisierung der Schulen haben und dann Bilanz ziehen müssen. «Bis zu jenem Zeitpunkt sollte der Bund keine gesetzgeberischen Aktivitäten entfalten.»

Das allein genügt Aebischer aber nicht, er erhofft sich von den Erziehungsdirektoren einen Vorschlag, wie sie das Ausscheren einzelner Kantone aus dem Sprachenkompromiss verhindern wollen. Diese werden Ende Oktober über das Thema beraten.

Dieweil haben der Lehrerverband Schweiz (LCH) und das weltliche Syndicat des Enseignants Romands (SER) ihre Position bereits bezogen. Sie fordern, dass in der ganzen Schweiz künftig eine zweite Landessprache als erste Fremdsprache ab der dritten Primarschulklasse unterrichtet werden muss, und zwar mit mindestens drei Lektionen pro Woche. Englisch soll später als Wahlpflichtfach ab der fünften Klasse geführt werden. Die Abwahl von Französisch auf Sekundarstufe soll verboten werden. Insofern käme den Lehrern die WBK-Initiative gelegen: «Aber noch lieber wäre uns, wenn die Kantone von sich aus diesen Weg einschlagen würden», sagt LCH-Präsident Beat Zemp.